

Florian Reinhart

Die Legalitätspflicht des Vorstands einer kapitalmarktorientierten Aktiengesellschaft



Nomos

Deutsches, Europäisches und
Vergleichendes Wirtschaftsrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. h.c. Dr. iur. h.c. Werner F. Ebke,
LL.M. (UC Berkeley)

Band 117

Florian Reinhart

Die Legalitätspflicht des Vorstands
einer kapitalmarktorientierten
Aktiengesellschaft



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-5882-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-0015-3 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort des Verfassers

Diese Arbeit ist in den Jahren 2010 bis 2015 entstanden und wurde von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg im Wintersemester 2018/2019 als Dissertation angenommen. Vor der Drucklegung wurde das Manuskript im Frühjahr 2019 aktualisiert.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. h.c. Dr. iur. h.c. Werner F. Ebke, LL.M. (UC Berkeley). Ohne seine umfassende Unterstützung schon bei der Auswahl der Thematik, aber auch durch die wertvollen Hinweise und Anregungen im Laufe der Bearbeitung und nicht zuletzt durch die freundliche Aufnahme in diese Schriftenreihe, wäre die Arbeit so nicht möglich gewesen. Ebenso danke ich Herrn Prof. Dr. Chris Thomale, LL.M. (Yale) für die Übernahme der Zweitbegutachtung. Schließlich möchte ich all jenen danken, die mich während der Erstellung der Arbeit unterstützt und begleitet haben, insbesondere meinem Vater, Herrn Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Veit Reinhart sowie Herrn Andreas Haarmann für ihre kritische und unermüdliche Durchsicht des Manuskripts.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern Ingrid und Veit Reinhart. Sie haben nicht nur meine universitäre Ausbildung in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten ermöglicht, sondern standen mir rund um die Dissertation und auch in allen anderen Lebenslagen jederzeit zur Seite. Ebenso wie meiner Ehefrau, Frau Charuchat Reinhart, LL.M. (NYU), die mich gleichfalls bedingungslos gestützt und ertragen hat, schulde ich ihnen besonderen Dank.

Stuttgart, im Juni 2019

Florian Reinhart

Geleitwort des Herausgebers

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Legalitätsprinzip, einer zentralen Figur im Recht der aktienrechtlichen Leitungspflichten und Leitungshaftung. Grundlagen und Einzelheiten der aktienrechtlichen Legalitätspflicht sind nach wie vor im Fluss. Ziel der Arbeit ist es, das dogmatische Fundament der Legalitätspflicht und deren Ausprägungen zu untersuchen und einen Vorschlag zu erarbeiten, mit dem sich das Legalitätsprinzip als Konzept dogmatisch untermauert in das überkommene Gefüge der Pflichten eines Vorstands nach deutschem Aktienrecht einfügt. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Legalitätspflichten des Vorstands. Die Folgen einer Verletzung dieser Pflichten (Stichwort: Haftung) sind nicht „vorrangiger Gegenstand“ der vorliegenden Arbeit.

Die Arbeit gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil will der Verfasser „eine handhabbare Ein- und Abgrenzung“ des Begriffs der „Legalitätspflicht“ und „eine Möglichkeit der dogmatischen Verortung dieses Prinzips“ aufzeigen und dazu die Rechtsvergleichung mit dem US-amerikanischen Recht fruchtbar machen. Die im ersten Teil entwickelten Grundtypen der Legalitätspflicht werden im zweiten und dritten Teil der Arbeit betrachtet. Allgemeine, für den jeweiligen Typ aufzuwerfende Fragen wie etwa die der Pflichtendelegation werden vorab behandelt. Danach werden die gesellschafts-, handels- und kapitalmarktrechtlichen Pflichten aufgefächert. Die Einzelpflichten werden anschließend in das im ersten Teil der Arbeit entwickelte „abstrakte System“ der Leitungspflichten eingeordnet.

Der Verfasser hat eine Arbeit vorgelegt, die einem theoretisch spannenden und praktisch zunehmend wichtiger werdenden Thema gewidmet ist. In seiner groß angelegten, sauber recherchierten und um Systematisierung bemühten Untersuchung gelingt es dem Verfasser, „frischen wissenschaftlichen Wind“ in das komplexe Geflecht der unter dem Oberbegriff „Legalitätspflichten“ zusammengefassten Pflichtenkataloge zu bringen. Indem er die Legalitätspflichten von den Sorgfalts- und Treuepflichten des Vorstands abkoppelt und sie als facettenreiche eigenständige Pflicht im Gesamtgefüge des organschaftlichen Pflichtenkatalogs anerkennt, klärt der Verfasser nicht zuletzt das Verhältnis der Legalitätspflicht zu der in Deutschland kodifizierten *business judgment rule*. Das hat nicht nur Auswirkungen auf Einzelfragen (z.B. Beweislast, Verschulden), sondern auch auf zahlreiche Aspekte, über die im Zusammenhang mit den Legalitätspflich-

Geleitwort des Herausgebers

ten in der deutschen Literatur heftig gestritten wird. Ausgangspunkt für seine Überlegungen und seine Systematisierung der Legalitätspflichten ist die Unterscheidung zwischen Pflichten, die an den Vorstand originär gerichtet sind, und solchen, die zunächst die Gesellschaft in den Blick nehmen und den Vorstand damit erst in einem zweiten Schritt – derivativ – binden. Quelle derartiger Pflichten sind in erster Linie einschlägige gesetzliche Regelungen und Vorgaben, aber auch zahlreiche weitere Quellen wie beispielsweise die Rechtsprechung und sogar Verträge. Dem Verfasser gelingt es, die Auswirkungen seines Systematisierungsansatzes auf breiter Ebene herauszuarbeiten und tragfähige Strukturen zu entwickeln. Nach dem Ansatz des Verfassers klären sich auch die umstrittenen Fälle der „nützlichen“ Rechtsverletzungen („Ökonomie hat keinen Vorrang vor Recht“).

Die Lektüre der Arbeit bereitet Freude, weil der Verfasser strukturiert und systematisch vorgeht, klar und nachvollziehbar argumentiert, sauber und ohne Schnörkel formuliert und den Leser so durch das komplexe Geflecht der organschaftlichen Pflichten führt. Die Sicht der Dinge von den Adressaten der jeweiligen Pflichten schafft Klarheit bezüglich der originären Pflichten und eine gewisse Flexibilität bezüglich der derivativen Pflichten, bei denen die Zuordnung/Überleitung von der Gesellschaft auf den Vorstand im Einzelfall sorgfältig zu begründen ist.

Insgesamt hat der Verfasser ein System entwickelt, das geeignet ist, ein Mehr an Rechtssicherheit zu erzeugen – ein hohes Gut in einer Zeit, in der die Anforderungen an das Verhalten der Vorstände gerade von kapitalmarktorientierten Aktiengesellschaften steigen und die Konkretisierung der Legalitätspflichten immer wichtiger wird.

Heidelberg, im Februar 2019

Werner F. Ebke

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einführung	23
§ 1: Einleitung und Gegenstand der Arbeit	23
§ 2: Ziel der Arbeit	28
§ 3: Gang der Darstellung	29
Erster Teil: Allgemeine Fragen der Legalitätspflicht	31
§ 1: Der Begriff der Legalitätspflicht	31
A. Begriffsdefinition	32
B. Legalitätsprinzip und Compliance	35
§ 2: Das System der Vorstandspflichten	41
A. Systematisierung der Vorstandspflichten	42
I. Das Recht des US-Bundesstaates Delaware als Vorbild	42
II. Die deutsche Adaption	46
B. Einordnung der Legalitätspflicht in diese Struktur	50
I. Die Einordnung der Legalitätspflicht im Recht der US-Bundesstaaten	50
1. Duty of Care	54
2. Ultra Vires Doctrine	56
3. Duty of Good Faith	59
4. Duty of Loyalty	64
5. Duty of Obedience	67
6. Zwischenfazit	68
II. Einordnung der Legalitätspflicht im deutschen Recht	69
1. Vorherrschende Systematisierung	69
2. Würdigung und alternative Einteilung	70
3. Praktische Konsequenzen dieser Einordnung	79
a) Beweislastverteilung	79

Inhaltsverzeichnis

b) Eigene Bedeutung der Verschuldensebene	82
III. Zwischenfazit	83
§ 3: Modelle zur Gliederung der Legalitätspflichten	83
A. Bestehende Einteilungsmodelle und Begrifflichkeiten in der Literatur	84
I. Externe und interne Legalitätspflichten	84
II. Pflichten im Innen- und Außenverhältnis	91
III. Differenzierung nach „organisationellem Legalitätsprinzip, speziellen Binnenpflichten und Legalitätspflicht in Hinblick auf Rechtsbindung der Gesellschaft“	92
B. Eigener Einteilungsansatz	94
I. Originäre Legalitätspflichten	96
II. Derivative Legalitätspflichten	97
III. Konsequenzen der Einteilung	99
§ 4: Dogmatische Grundlagen der Legalitätspflicht	101
A. Originäre Legalitätspflicht	101
B. Derivative Legalitätspflicht	102
I. Begründungsansätze der Literatur	103
II. Eigener Ansatz	109
§ 5: Mögliche Pflichtenquellen	111
A. Nationale Pflichtenquellen	112
I. Gesetzliche Regelungen	112
1. Kodifiziertes Recht	112
2. Richterrecht	113
II. Standards und Verwaltungsvorschriften	116
1. Der Deutsche Corporate Governance Kodex	118
2. Empfehlungen zur Konzernrechnungslegung	128
3. Emittentenleitfaden der BaFin	129
III. Korporationsrechtliche Pflichtenquellen	132
1. Satzung	133
a) Unternehmenszweck und -gegenstand	133
b) Modifikation des gesetzlichen Wettbewerbsverbots	135
2. Geschäftsordnung des Vorstands	137
3. Verbindliche Beschlüsse der Gesellschaftsorgane	143
a) Hauptversammlung	143

b) Aufsichtsrat	147
c) Mehrheitsentscheidung des Vorstands	149
IV. Vertragliche Pflichtenquellen	150
1. Anstellungsvertrag	150
2. Verträge der Gesellschaft	152
V. Grundsätze der Geschäftsmoral	152
B. Ausländisches Recht	153
§ 6: Kollision verschiedener Vorstandspflichten	158
A. Problemaufriss	158
B. Abgrenzung	159
C. Auflösung von Pflichtenkollisionen	162
§ 7: Gesetzlich eingeräumte Beurteilungs- und Ermessensspielräume	164
§ 8: Mögliche Konsequenzen der Legalitätsverletzung	166
A. Wirksamkeit eines Entlastungsbeschlusses bei rechtswidrigem Organhandeln	166
B. Widerruf der Bestellung und Aufhebung des Vorstandsdienstvertrages	172
C. Strafrechtsrelevanz von Legalitätsverletzungen	175
Zweiter Teil: Die derivative Legalitätspflicht	181
§ 1: Allgemeine Fragen	181
A. Beschränkung der Überlegungen auf die derivative Legalitätspflicht	182
B. Eigenes Handeln des Vorstands	184
I. Nützliche Rechtsverletzung	184
1. Problemaufriss	185
2. Begriffsbestimmung und -eingrenzung	188
3. Einfluss der Nützlichkeit einer Rechtsverletzung auf die Pflicht zur Legalität	190
a) Kein Eingreifen der Business Judgment Rule	191
b) Rein ökonomische Betrachtung der Legalitätspflicht	194

Inhaltsverzeichnis

c)	Relativierende Ansätze	208
(1)	Reine Ordnungsvorschriften	209
(2)	Öffentlich-rechtliche Zahlungsverbindlichkeiten	211
(3)	Gemeinwohlgefährdende Rechtsverletzungen	212
d)	Unbedingter „Vorrang der Legalitätspflicht“	214
4.	Exkurs: Vertragliche Pflichten	218
a)	Bestehen einer grundsätzlichen Pflicht zur Einhaltung von Vertragspflichten	219
b)	Unternehmerischer Ermessensspielraum bei der Erfüllung dieser Pflichten	225
5.	Exkurs: Vorteilsausgleichung und Rückgriffsbeschränkungen	230
a)	Vorteilsausgleichung	230
(1)	Grundlagen der Vorteilsausgleichung	231
(2)	Anwendung der Vorteilsausgleichung auf Fälle nützlicher Rechtsverletzungen	233
(3)	Zweck der Schadensersatzhaftung	234
(4)	Unbilligkeit und Unzumutbarkeit der Vorteilsausgleichung	240
b)	Rückgriffsbeschränkungen bei Straf- und Bußgeldern	243
(1)	Regressverbot	244
(2)	Regressbegrenzung	248
aa)	„Absolute“ Regressbegrenzung	250
bb)	„Angemessene“ Regressbegrenzung	253
II.	Bagatellverstöße	260
III.	Handeln unter subjektiver Rechtsunsicherheit – Vertrauen auf anwaltlichen Rechtsrat	266
1.	Einordnung der Wirkung von Rechtsrat	267
2.	Voraussetzungen wirksamen Rechtsrates	269
IV.	Handeln unter objektiver Rechtsunsicherheit – ungeklärte Rechtslage	272
1.	Auswirkungen der Rechtsunsicherheit auf die Gesellschaft als primären Pflichtenadressaten	273
2.	Anwendbarkeit der Business Judgment Rule	275
3.	Dogmatische Einordnung	276
4.	Kriterien der Enthftung bei objektiver Rechtsunsicherheit	277

C. Handeln Dritter	280
I. Die horizontale Dimension – Das Handeln anderer Vorstandsmitglieder und Organe	281
1. Überwachung im Rahmen der Geschäftsverteilung	282
2. Verhaltenspflichten bei Kollegialentscheidungen	283
3. Exkurs: Pflicht zur Anfechtung rechtswidriger Hauptversammlungsbeschlüsse	285
II. Die vertikale Dimension – Das Handeln nachgeordneter Mitarbeiter	286
1. Im Einzelunternehmen	287
2. Im Konzern	295
a) Strikte konzernweite Legalitätskontrollpflicht	297
b) Legalitätskontrollpflicht bei konzernweiten Haftungstatbeständen	300
c) Legalitätskontrollpflicht im Eigeninteresse der Konzernobergesellschaft	301
§ 2: Einzelpflichten	302
A. Informationspflichten	303
I. Gesellschaftsrechtliche Informationspflichten	303
II. Kapitalmarktrechtliche Informationspflichten	304
III. Sonstige Informationspflichten	307
B. Kapitalerhaltung	307
I. Darlehensgewährung und Vollwertigkeit des Rückzahlungsanspruchs (MPS)	309
II. Auszahlungen bei rechtsmissbräuchlichen Anfechtungsklagen	310
C. Erwerb eigener Aktien	311
D. Organisationspflichten	313
E. Andere öffentlich-rechtliche Pflichten im Überblick	313
Dritter Teil: Die originäre Legalitätspflicht	315
§ 1: Allgemeine Überlegungen	315
A. Einteilung und Terminologie: Binnen- und Außenpflichten	316
B. Eigenes Handeln	319

Inhaltsverzeichnis

C. Handeln Dritter	320
I. Grundsatz der Delegationsfeindlichkeit	321
II. Einschaltung von Hilfspersonen	323
§ 2: Einzelne Binnenpflichten	325
A. Regelmäßige Pflichten	327
I. Einhaltung der Kompetenzordnung und Informationspflichten	327
II. Zusammenarbeit der Gesellschaftsorgane	328
III. Informationspflichten	333
IV. Organisationspflichten	336
V. Pflicht zur Führung der Handelsbücher	337
VI. Gesetzlich fixierte Treuepflichten	338
B. Pflichten in Sonderkonstellationen	341
I. Bestandsgefährdende Situationen	341
II. Übernahmesituationen	342
III. Holzmüller/Gelatine-Situationen	344
Vierter Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse	347
Fünfter Teil: Verzeichnis der verwendeten Literatur	351

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alter Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
allg.M.	allgemeine Meinung
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
ARUG	Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie
Aufl.	Auflage
BayObLG	Bayrisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebsberater
Bd.	Band
Begr.	Begründung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts
BörsG	Börsengesetz
BR	Bundesrat
BReg	Bundesregierung
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT	Bundestag
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Cir.	Circuit

Abkürzungsverzeichnis

Colum. Bus. L. Rev.	Columbia Business Law Review
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
Denv. U. L. Rev.	Denver University Law Review
DePaul L. Rev.	DePaul Law Review
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
Ebd.	Ebenda
ECFR	European Company and Financial Law Review
EG	Europäische Gemeinschaften
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
f (ff)	folgende (mehrere folgende) Seiten/Paragrafen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
Fordham L. Rev.	Fordham Law Review
FormB	Formularbuch
FS	Festschrift
gem.	gemäß
Geo. Wash. L. Rev.	George Washington Law Review
GesR	Gesellschaftsrecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GK	Großkommentar
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GS	Gedächtnisschrift; <i>liber amicorum</i>
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
i.d.F.	in der Fassung
i.d.S.	in diesem Sinne
i.E.	im Ergebnis

insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
i.S.d.	im Sinne der, des
i.S.v.	im Sinne von
i.Ü.	im Übrigen
i.V.m.	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KapGesR	Recht der Kapitalgesellschaften
KG	Kommanditgesellschaft, Kammergericht
KölnKommAktG	Kölner Kommentar zum Aktiengesetz
KölnKommWpÜG	Kölner Kommentar zum Wertpapiererwerbs- und übernahmengesetz
krit.	kritisch
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
lit.	littera
LS.	Leitsatz
m. Anm.	mit Anmerkung
MAR	Verordnung (EU) 596/2014 über Marktmissbrauch
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MünchHdbGesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MünchKommBGB	Münchener Kommentar zum BGB
MünchKommAktG	Münchener Kommentar zum AktG
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweis(e)
N.C.L. Rev.	North Carolina Law Review
n.F.	neuer Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
N.Y.L. Sch. L. Rev.	New York Law School Law Review
N.Y.U. L. Rev.	New York University Law Review
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o.	oben
Ohio St.L.J.	Ohio State Law Journal
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Reg	Regierung
RegE	Regierungsentwurf
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft

Abkürzungsverzeichnis

Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
Slg.	Sammlung
SMU	Southern Methodist University
S.M.U. L. Rev.	SMU Law Review
sog.	sogenannt
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review
u.	unten
u.a.	unter anderem; und andere
U.C. Davis	University of California, Davis
U.C. Davis L. Rev.	U.C. Davis Law Review
UCLA	University of California, Los Angeles
UCLA L. Rev.	UCLA Law Review
UMKC	University of Missouri - Kansas City
UMKC L. Rev.	UMKC Law Review
U. Pitt. L. Rev.	University of Pittsburgh Law Review
UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts
UmwG	Umwandlungsgesetz
unstr.	unstreitig
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
VGR	Wissenschaftliche Vereinigung für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung(en)
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VorstandsR	Vorstandsrecht
Wash. L. Rev.	Washington Law Review
Wis. L. Rev.	Wisconsin Law Review
WM	Wertpapier-Mitteilungen
Wm. & Mary L. Rev.	William and Mary Law Review
w.N.	weitere Nachweise
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und -übernahmegesetz
W. Va. L. Rev.	West Virginia Law Review

Abkürzungsverzeichnis

z.B.	zum Beispiel
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zust.	zustimmend
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

